

Inhaltsverzeichnis Quartalsletter für Steuerberater

Quartalsletter 03/2020:	<ul style="list-style-type: none"> • PSV-Schutz nun auch für regulierte Firmen-Pensionskassen – Umstellung der PSV Beitragsbemessung bei Pensionsfonds • Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Versorgungen im Pensionsfonds • Verbeitragung einer Hinterbliebenenversorgung in Form einer Kapitaleistung aus einer Direktversicherung • Neuerungen bei § 100 EStG und Aufstockungsbeiträgen bzw. Matching-Modellen • Digitale Rentenübersicht beschlossen
Quartalsletter 02/2020:	<ul style="list-style-type: none"> • Mehraufwand für Arbeitgeber beim Versorgungsausgleich • Unangemessene Benachteiligung – Hinterbliebenenversorgung • Ausschluss der Anpassungsprüfungspflicht bei Pensionskassenrente mit Überschussbeteiligung • Auslagerung von Direktzusagen im „Kombi-Modell“: BFH bestätigt Finanzverwaltung • Änderungen beim gesetzlichen Insolvenzschutz und der versicherungsvertraglichen • Lösung
Quartalsletter 01/2020:	<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung der Verfassungsbeschwerde gegen das BAG-Urteil vom 12. November 2013 (3 AZR 356/12) • Hinweis- und Informationspflichten des Arbeitgebers bei Entgeltumwandlung • Direktversicherung bei Privatinsolvenz des Gesellschafter-Geschäftsführers • Übertragung einer Pensionsverpflichtung auf einen Pensionsfonds • Mehr Freiraum bei Übertragung von Vermögenswerten von Gruppenunterstützungskassen • Steuerliche Gewinnermittlung; Bewertung von Pensionsrückstellungen nach § 6a EStG für Versorgungszusagen, die im Jahr des Übergangs auf neue Rechnungsgrundlagen erteilt wurden
Quartalsletter 04/2019:	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschluss befristeter Beschäftigter von Leistungen der betrieblichen Altersversorgung • Einseitige Änderungsmöglichkeit von Gesamtzusagen erneut bestätigt • Besteuerung von Sterbegeldzahlungen • Abfindungsklausel und Eindeutigkeitsgebot • Geltungsbereich des BetrAVG für minderbeteiligten GGF • Aktuelle Entscheidungen des OLG Nürnberg zu § 11 VersAusglG, insbesondere zum Thema „Vergleichbare Wertentwicklung von Rentenversicherungen“ • Versorgungsausgleich: Negative Entwicklung der Versorgungslage • Einführung eines Freibetrags in § 226 Absatz 2 neuer Satz 2 SGB V durch das GKV BRG
Quartalsletter 03/2019:	<ul style="list-style-type: none"> • Frist für die Ausübung der Kapitaloption bei vorgezogener Altersversorgung über eine rückgedeckte Unterstützungskasse • Widerruf einer Pensionszusage wegen Rechtsmissbrauch

	<ul style="list-style-type: none"> • Besteuerung einer Abfindungszahlung anlässlich Beendigung eines Arbeitsverhältnisses • Die Voraussetzungen des § 6 a EStG für die Bildung von Pensionsrückstellungen • Rente neben Gehalt nicht zwingend vGA • Lohn-/einkommensteuerliche Behandlung sowie Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Zeitwertkonten-Modellen • Wahlweise Verwendung von vermögenswirksamen Leistungen zum Zwecke der betrieblichen Altersversorgung und in diesem Zusammenhang gewährte Erhöhungsbeträge des Arbeitgebers
Quartalsletter 02/2019:	<ul style="list-style-type: none"> • Pensions-Sicherungs-Verein haftet für Übergangszuschuss • AGB dürfen Hinterbliebenenversorgung nicht an Mindestehedauer von zehn Jahren knüpfen • Auflösung einer Pensionsrückstellung bei Auslagerung einer Pensionszusage auf einen Pensionsfonds und eine Unterstützungskasse • Bilanzierung einer Pensionszusage aus Entgeltumwandlung beim beherrschenden GGF gem. § 6a EStG • Aktuelle Urteile zum Thema Fünftelungsregelung gem. § 34 EStG • Ausweis der Pensionsrückstellungen im Jahr der Zusage unter Berücksichtigung neuer „Heubeck-Richttafeln“ • Ist § 17 VersAusglG verfassungswidrig?
Quartalsletter 01/2019:	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschluss des Anspruchs auf Rückgewähr von Dotierungsmitteln bei einer Gruppenunterstützungskasse • Entgeltumwandlung der mitarbeitenden Ehefrau über eine Unterstützungskasse wegen Verstoß gegen den Fremdvergleich nicht als Betriebsausgaben abzugsfähig • Anwartschaften aus betrieblicher Altersversorgung kein zu verwertendes Vermögen im Sinne des § 12 Abs. 1 SGB II • Schriftformerfordernis und Digitalisierung in der betrieblichen Altersversorgung • Betriebliche Altersversorgung; Versicherung bei Arbeitsunfähigkeit und Grundfähigkeiten • Beitragsrechtliche Beurteilung von Beiträgen und Zuwendungen zum Aufbau betrieblicher Altersversorgung • Keine Beitragspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung auf Leistungen einer privat fortgeführten Pensionsfonds-Versorgung
Quartalsletter 04/2018:	<ul style="list-style-type: none"> • Besondere Hinweis- und Informationspflichten des Arbeitgebers im Zusammenhang mit der KVdR-Pflicht in der betrieblichen Altersversorgung • Steuerpflichtiger Arbeitslohn bei Übertragung einer Versorgungszusage auf einen Pensionsfonds • Keine Beitragspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung auf Leistungen einer privat fortgeführten Pensionskassen-Versorgung • Steuerliche Gewinnermittlung; Bewertung von Pensionsrückstellungen nach §6a EStG, Übergang auf die „Heubeck-Richttafeln 2018 G“ • Beitragssatz für den PSVaG steigt 2018 auf 2,1 Promille
Quartalsletter 03/2018:	<ul style="list-style-type: none"> • Sofortiger Betriebsausgabenabzug auch für den Sparanteil eines Einmalbeitrags für eine Rückdeckungsversicherung • Zufluss von Arbeitslohn bei Wertguthabenkonten

	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Beitragspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung auf Leistungen einer privat fortgeführten Pensionskassen-Versorgung • Beitragspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bei Auszahlung einer Kapitalleistung aus einer Direktversicherung • Auflösung von Pensionsrückstellungen nach Auslagerung auf den Pensionsfonds • Widerrufsvorbehalt zu einer Pensionszusage: kein fiktiver Zufluss von Arbeitslohn im Veranlagungszeitraum des Widerrufs • Steuerbilanzieller Rechnungszins gem. § 6a EStG – Bundesregierung hält diesen für verfassungsgemäß • Anwendung und Auswirkungen der neuen Heubeck-Richttafeln • Verweigerte Rentenanpassung: Wie weist man eine schlechte wirtschaftliche Lage nach? • Betriebsrentenstärkungsgesetz ändert Insolvenzschutz rückgedeckter Versorgung
Quartalsletter 02/2018:	<ul style="list-style-type: none"> • Diskriminierung durch Altersgrenzen in betrieblichen Versorgungssystemen • Kündigung einer Direktversicherung wegen finanziellem Engpass des Arbeitnehmers nicht zulässig • Kein Erdienbarkeitserfordernis bei Entgeltumwandlung eines Gesellschafter-Geschäftsführers und Wechsel des Durchführungswegs • BRSG sensibilisiert Unternehmen für das Thema Versorgungsordnung • Das BRSG und die „vergessenen“ Durchführungswege
Quartalsletter 01/2018:	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Unterbrechung der Unverfallbarkeitsfristen bei Statuswechsel • Nichtverletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes bei Betriebsrente • Hinterbliebenenversorgung – Altersabstandsklausel – Altersdiskriminierung • Eintrittspflicht des Pensions-Sicherungs-Vereins bei Insolvenz des AG mit regulierter Pensionskasse, die ihre Leistungen gekürzt hat • Keine Besteuerung des Rentenbarwerts einer Pensionszusage bei Übertragung auf eine andere GmbH • Auslagerung einer Direktzusage eines Handelsvertreters auf einen Pensionsfonds - keine Anwendbarkeit von § 3 Nr. 66 EStG
Quartalsletter 04/2017:	<ul style="list-style-type: none"> • Eindeutigkeit von Pensionszusagen – Überversorgung • Nachträgliche Herabsetzung eines zivilrechtlich wirksam vereinbarten Ruhegehalts • Zeitpunkt des Zuflusses einer Beitragszahlung an eine Direktversicherung • Steuerbilanzieller Rechnungszins von 6% gemäß § 6a EStG verfassungswidrig? Vorlage des FG Köln beim BVerfG • Krankenversicherungsbeiträge auf Kapitalabfindungen und Sofortrenten • Betriebliche Altersversorgung - maßgebendes Pensionsalter bei der Bewertung von Versorgungszusagen • Bilanzsteuerrechtliche Berücksichtigung von Verpflichtungsübernahmen, Schuldbeitritten und Erfüllungsübernahmen mit vollständiger oder teilweiser Schuldfreistellung, Anwendung der Regelungen in § 4f und § 5 Abs. 7 EStG • Steuerliche Förderung der betrieblichen Altersversorgung
Quartalsletter 03/2017:	<ul style="list-style-type: none"> • Kein Aussonderungsrecht in Bezug auf die Pensionskassenbeiträge bei Insolvenz des Arbeitgebers • Geltungsbereich des Betriebsrentengesetzes bei Organpersonen • Festlegung von Sterbetafeln und verwendetem Rechnungszins in Abfindungsklausel nicht zwingend erforderlich • Keine Verteilung eines Unterschiedsbetrags i.S. des § 6a Abs. 4 Satz 2

	<p>EStG bei erstmaliger Bildung einer Pensionsrückstellung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterarbeit eines Gesellschafter-Geschäftsführers mit reduzierten Bezügen nach Vollendung des Pensionsalters • Bilanzsteuerrechtliche Berücksichtigung von Versorgungsleistungen, die ohne die Voraussetzung des Ausscheidens aus dem Dienstverhältnis gewährt werden, und von vererblichen Versorgungsanwartschaften • Lohnsteuerliche Folgerungen der Übernahme der Pensionszusage eines beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführers gegen eine Ablösungszahlung und Wechsel des Durchführungswegs • Schließt die Satzung einer U-Kasse aufgrund der Zweckbindung des Kassenvermögens eine Rückzahlung an ein Trägerunternehmen aus, geht diese Regelung Herausgabeansprüchen des Trägerunternehmens vor. • Der mit einer U-Kasse vereinbarte Verzicht auf Rückforderungsansprüche hält einer Inhaltskontrolle stand und ist auch im Insolvenzfall wirksam. • Versorgungsregelungen zur Hinterbliebenenversorgung unterliegen der AGB-Kontrolle. Die Regelung, wonach die „jetzige“ Ehefrau Leistungen im Todesfall erhalten soll, ist unwirksam und umzudeuten.
Quartalsletter 02/2017:	<ul style="list-style-type: none"> • Überversorgungsprüfung für Pensionsrückstellungen • Verbeitragung einer Abfindungszahlung aus betrieblicher Altersversorgung • Verabschiedung des Betriebsrentenstärkungsgesetzes
Quartalsletter 01/2017:	<ul style="list-style-type: none"> • Entgeltumwandlung bei beherrschendem GGF unter Missachtung der Erdienbarkeitsfrist ist keine vGA • Leistungskürzungen bei Teilzeit erlaubt • Unterstützungskasse: Kein Auszahlungsanspruch nach gekündigter Mitgliedschaft • Betriebsrente – Gleichbehandlung und Günstigkeitsprinzip • Kein neuer Rechnungszins beim Versorgungsausgleich • Die Fünftelungsregelung findet bei einer Kapitalleistung nur dann Anwendung, wenn es sich um „außerordentliche“ Einkünfte handelt. • Ausschüttungssperre ist nicht gleich Abführungssperre • Anpassungsrisiken für alte PK- und DV-Zusagen
Quartalsletter 04/2016:	<ul style="list-style-type: none"> • Wechsel des Durchführungswegs für den Future Service einer Pensionszusage auf • eine Unterstützungskasse • Übernahme einer Pensionszusage gegen Ablösungszahlung: Kein Zufluss von Arbeitslohn • vGA bei Pensionszahlungen und Beratervertrag für ausgeschiedenen GGF • Rückgedeckte Unterstützungskasse und Insolvenz eines Trägerunternehmens – Auskehrung der Mittel bei verfallbarer Anwartschaft • Doppelte Besteuerung von Altersvorsorgeaufwendungen und –bezügen • BMF klärt Anwendungsfragen zu den KStR 2015 • Maßgebendes Pensionsalter bei der Bewertung von Versorgungszusagen – Urteile des BFH vom 11.09.2013 (I R 72/12) und des BAG vom 15.05.2012 (3 AZR 11/10) und vom 03.01.2015 (3 AZR 897/12) - BMF-Schreiben vom 09.12.2016 (IV C 6 – S 2176/07/10004:003) • Entwurf des Betriebsrentenstärkungsgesetzes (BRStärkungG)
Quartalsletter 03/2016:	<ul style="list-style-type: none"> • Anforderungen an die Wahl der versicherungsförmigen Lösung • Ausschluss geringfügig Beschäftigter aus der bAV • Eigenbeiträge – Umfangszusage – Einstandspflicht • Kapitalzahlung aus einer Direktversicherung ist stets als

	<p>Versorgungsbezug zu verbeitragen, auch wenn die Auszahlung an Dritte erfolgt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine Rückwirkung des neuen § 16 Abs. 3 Satz 2 BetrAVG (Rentenanpassung) • Deckungslücken in Unterstützungskassenversicherungen – Nachschusspflicht des Arbeitgebers • Betriebliche Altersversorgung – Flexibilisierung des Rentenbeginns
Quartalsletter 02/2016:	<ul style="list-style-type: none"> • Abtretung von Ansprüchen aus Rückdeckungsversicherung als steuerpflichtiger Arbeitslohn • Arbeitszeitkonto für Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH wird nicht anerkannt • Überversorgung bei Gehaltsreduktion – Abstellen auf das Arbeitsentgelt im Wirtschaftsjahr • Stichtag für die Rentenanpassung ist einzuhalten • Beitragsrechtliche Beurteilung von Anwartschaften auf bAV • Körperschaftsteuer Richtlinien 2015
Quartalsletter 01/2016:	<ul style="list-style-type: none"> • GGF-Versorgung: Können Gehalt und Pension gleichzeitig gezahlt werden? • Pensionszusage im Rahmen eines Ehegatten Arbeitsverhältnisses • Fünftelungsregel zukünftig auch bei Pensionskasse • Unsegmentierte Betrachtungsweise bei Gruppenunterstützungskassen bestätigt • BAG für einseitige Änderungen von Gesamtzusagen • Ablösung einer Versorgungsordnung – Eingriff in die dritte Stufe – • Geschäftsführer haften im Insolvenzfall für Beitragsrückstände zu Gunsten einer bAV • Rentenanpassung bei „Rentnergesellschaft“ im Konzern • Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten • Gesetzesänderung beim handelsbilanziellen Rechnungszins
Quartalsletter 04/2015:	<ul style="list-style-type: none"> • Bezugsrecht aus einer Direktversicherung im Todesfall • Teilweiser Wechsel des Durchführungswegs von Pensionszusage auf Unterstützungskasse mit Zusageerhöhung unter dem Aspekt der Erdienbarkeit • PSV Beitragssatz für 2015 steigt auf 2,4 Promille • Abfindung von bAV kein Arbeitsentgelt in der Sozialversicherung • Pensionszusagen an Arbeitnehmer-Ehegatten • Mittelbare Erhöhung einer Pensionszusage infolge von Gehaltssteigerungen
Quartalsletter 03/2015:	<ul style="list-style-type: none"> • Eingeschränkt unwiderrufliches Bezugsrecht bei einer Direktversicherung eines Gesellschafter-Geschäftsführers wird im Insolvenzfall nicht automatisch unwiderruflich • BAG sieht in „Späthehenklausel“ Altersdiskriminierung • Versorgungszusage einer Konzernobergesellschaft nicht geschützt • Gesamterledigungsklausel umfasst nicht die bAV • Kein Anspruch aus betrieblicher Übung bei irrtümlicher Zahlung • Kassenorientierte Betrachtung in der Gruppenunterstützungskasse bestätigt • Neues BMF-Schreiben zur Übertragung von Versorgungsverpflichtungen und Pensionsanwartschaften auf Pensionsfonds
Quartalsletter 02/2015:	<ul style="list-style-type: none"> • Regulierte Pensionskasse – Einstandspflicht des Arbeitgebers – Anpassungsprüfung • Unwirksamkeit einer Abfindung bei Ausscheiden des Arbeitnehmers • Versorgungszusage einer Konzernobergesellschaft und Insolvenzversicherung • Angemessenheit einer Pensionszusage – 75%-Grenze • Ablösung einer Gesamtzusage durch eine Betriebsvereinbarung – Grundsätze des Vertrauensschutzes und der Verhältnismäßigkeit

	<ul style="list-style-type: none"> • Verschlechterung einer bestehenden bAV
Quartalsletter 01/2015:	<ul style="list-style-type: none"> • Pensionsverpflichtungen in der Handelsbilanz und sinkender Rechnungszins • Auslegung einer Versorgungsordnung • Arbeitgeber muss nicht aktiv über die Entgeltumwandlung informieren • Verschlechterung der bAV aus sachlichen Gründen • GGF-Versorgung: Kleine Entgeltumwandlung kann große Nachteile bei der Basisrente bringen • Nachzahlung zu Unrecht unterlassener Rentenanpassungen nur für 3 Jahre • Rentenanpassung aufgrund Berechnungsdurchgriff im Konzern • Einstandspflicht des Pensions-Sicherungs-Vereins – Versorgungszusage wegen der Stellung als Gesellschafter – Rechtsmissbrauch • Maßgebliches Pensionsalter bei der Bewertung von Pensionszusagen beherrschender Gesellschafter-Geschäftsführer in der Steuerbilanz
Quartalsletter 04/2014:	<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsrentenanpassung – Rentnergesellschaft – Betriebsübergang • Betriebsrentenanpassung – wirtschaftliche Lage des Versorgungsschuldners – Pension Trust • Pensionszusage als verdeckte Gewinnausschüttung aufgrund vorzeitigen Ausscheidens des GGF vor Ablauf der Erdienbarkeitsfrist • Erdienenszeitraum bei Beratervertrag nach Einbringung eines Einzelunternehmens • PSV a.G. Beitragssatz 2014
Quartalsletter 03/2014:	<ul style="list-style-type: none"> • Erdienbarkeit gehaltsabhängiger Pensionszusagen eines GGF und Gehaltserhöhung • Abfindung einer Entgeltumwandlung kann im laufenden Dienstverhältnis unzulässig sein • Kapitalzusagen von arbeitsrechtlich beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführern werden nicht in den Versorgungsausgleich einbezogen • Krankenkassenbeitragspflicht von Pensionskassenrenten • Höchstrichterliche Bestätigung der Verwaltungspraxis des PSVaG bei der Bewertung des Insolvenzschutzes von Direktzusagen • Rückstellungsbildung nur für eindeutig formulierte Zusagen • Insolvenzschutz durch Verpfändung muss rechtzeitig erfolgen • Zuflussgefahr beim „Verschieben“ von Pensionszusagen • Erdienbarkeitserfordernis auch für Entgeltumwandlungen • Probezeit muss nicht immer eingehalten werden
Quartalsletter 02/2014:	<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsrentenanpassung – wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Versorgungsschuldners – Auswirkungen der Finanzkrise • Kürzung des Vorwegabzugs beim GGF einer GmbH • Verdeckte Gewinnausschüttung durch Kapitalabfindung der Pensionszusage an den beherrschenden GGF einer GmbH • Verdeckte Gewinnausschüttung durch Rentenzahlung gegenüber dem GGF einer GmbH nach Eintritt des Versorgungsfalls trotz Fortführung des Dienstverhältnisses • EU-Richtlinie über Mindestvorschriften zur Erhöhung der Mobilität von Arbeitnehmern zwischen den Mitgliedstaaten durch Verbesserung des Erwerbs und der Wahrung von Zusatzrentenansprüchen
Quartalsletter 01/2014:	<ul style="list-style-type: none"> • Die Direktversicherung bei Arbeitnehmerinsolvenz und vorheriger versicherungsvertraglicher Lösung • Direktversicherung mit eingeschränkt unwiderruflichem Bezugsrecht bei Unternehmensinsolvenz • Altersgrenzen in der bAV • Mindest-Pensionsalter für Pensionsrückstellungen bei beherrschenden GGF • Hinterbliebenenversorgung für den neuen Lebenspartner als nicht

	<ul style="list-style-type: none"> erdienbare Neuzusage • vGA wegen vorzeitiger Kapitalabfindung einer Pensionszusage • Arbeitgeberhaftung bei der Direktversicherung • Kein Widerruf der bAV bei Unterschlagung durch den Arbeitnehmer
Quartalsletter 04/2013:	<ul style="list-style-type: none"> • Übernahme einer Pensionszusage – Zufluss von Arbeitslohn 2 Fälle • Kürzung des Vorwegabzugs beim Gesellschafter-Geschäftsführer im Fall einer arbeitnehmerfinanzierten Unterstützungskassenzusage • Zuwendung an Unterstützungskassen – Schriftformerfordernis – Eindeutigkeit der Zusage • Bilanz: Rückstellung für Pensionszusage – Einbeziehung von Vordienstzeiten und Verstoß gegen das Nachzahlungsverbot • Sicherung durch Treuhandvereinbarung im Insolvenzfall • Vergessene bAV-Anrechte im Versorgungsausgleich • Berücksichtigung von gewinnabhängigen Pensionsleistungen bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen nach § 6a EStG • PSVaG-Beitragssatz für 2013
Quartalsletter 03/2013:	<ul style="list-style-type: none"> • Unklare Definition einer Invalidenrente geht zu Lasten des Arbeitgebers • Widerruf einer Versorgungszusage – Rechtsmissbrauch • Auch verfallbare Anwartschaften sind gegen Verschlechterung geschützt • Erdienbarkeit und Wiederherstellung der Hinterbliebenenversorgung • Besteuerung von Betriebsrenten und Pensionen ist verfassungsrechtlich unbedenklich • Eingeschränkte Steuervorteile bei alternativen Rückdeckungsmodellen • Einzugsrecht des Insolvenzverwalters bei verpfändeten Forderungen • Steuerbilanzielles Pensionsalter bei Pensionszusagen von beherrschenden GGF • Rechtsprechung zur Rentenanpassung • Steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge und betrieblichen Altersversorgung
Quartalsletter 02/2013:	<ul style="list-style-type: none"> • Todesfall - Leistung aus einer Direktversicherung an hinterbliebenen Lebensgefährten unterliegt nicht der Erbschaftsteuer • Berechnung einer unverfallbaren Anwartschaft auf bAV bei dienstzeitabhängiger Versorgungsordnung mit Begrenzung der anrechenbaren Dienstjahre • Ausschluss befristeter Arbeitnehmer von bAV • Übertragung einer Direktversicherung • Pensionsfonds - Kapitalleistungen möglich • Unverfallbarkeitsfristen bald nur noch 3 Jahre
Quartalsletter 01/2013:	<ul style="list-style-type: none"> • Diensteintritt eines GGF, auch wenn keine Vergütung gezahlt wird • Wartezeitregelung in einer Versorgungsordnung • Anwendung der Ertragsanteilsbesteuerung bei Überschussbeteiligungen • Steuerliche Behandlung einer Ruhegehaltszahlung an einen Gesellschafter-Geschäftsführer nach Vollendung des 60. Lebensjahres • Auszahlungen aus der Pensionskasse
Quartalsletter 04/2012:	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung einer Pensionszusage unter Missachtung der Erdienbarkeitsfristen beim Vorstand einer AG nicht grundsätzlich vGA • Mindest-Pensionsalter für Pensionsrückstellungen bei beherrschenden GGF • Übertragung einer Direktversicherung in der Insolvenz • Sozialabgaben auf Pensionskassenleistung • Pfändungsschutz für Ansprüche aus Lebensversicherung • Probezeit vor Zusage einer Pension an den GGF einer Kapitalgesellschaft • Nur-Pensionszusagen • GGF-Versorgung: Pensionsrückstellungen ab Diensteintritt • Anspruch aus Versorgungsleistungen aus betrieblicher Übung • PSV-Beitragssatz 2012

Quartalsletter 03/2012:

- Anhebung der gesetzlichen Regelaltersgrenze auch für betriebliche Altersversorgung (bAV) relevant
- Pensionskassenleistung – Einstandspflicht des Arbeitgebers
- Überversorgung
- Vorzeitige Kündigung einer Entgeltumwandlung
- Geschäftsführer-Versorgung bei drohender Insolvenz
- bAV nach Altersteilzeit
- Beitragspflicht von Leistungen der betrieblichen Altersversorgung bei Abfindung einer unverfallbaren Anwartschaft